

Zoll und Steuer-Technisches.

Entziehung der Abgaben.

Urtheil des III. Straff. v. 28. Nov. 1887 c. S. (1925 87). (26. Dresden).

Zolltarifges. v. 24. Mai 1885 § 13 lit. c. Ziff. 1 und Anmerk. hierzu.

Die Zollbefreiung, welche nach der citirten Anmerkung die an der Grenze belegenen Industrien bei Holzeinfuhr genießen, findet nur statt, wenn der Einführende zum Gebrauch in der eigenen Industrie das früher bezogene Quantum einführt und ist nicht übertragbar, auch nicht an solche, die selbst einen Befreiungsgrund für sich haben.

Aufhebung des Urth. und Zurückverw. auf Rev. der Zollbehörde. Gründe. Der Instanzrichter hat die Angeklagten sowohl von der Anklage des Betrugs, als auch von der Anklage der Zolldefraudation freigesprochen. Die Revision bezieht sich nur auf die letztere Anklage. Der Eröffnungsbeschluss erklärt die Angeklagten für verdächtig, nach vorgängiger Verabredung und in gemeinsamer Ausführung im Monat Juli und im Monat September 1886, es unternommen zu haben, die Eingangsabgaben für Kuchholz nach Höhe von 100 Mk. 93 Pf. und 119 Mk. zu hinterziehen, und zwar durch Vorpiegelung der falschen Thatfache, diejenigen 84,11 und 98,44 Festmeter Kuchholz, welche sie zu den gedachten Zeiten jedesmal unter Vorlegung des für den Mitangeklagten H. auf das Jahr 1886 von fgl. sächs. Hauptzollamt Schandau ausgestellt Bezugscheins für die zollfreie Einfuhr von Kuchholz, über das Nebenzollamt II Zinnwald aus dem Auslande in das Inland einführen, seien Eigenthum des zur zollfreien Einfuhr berechtigten H., während das Holz eigentlich dem G. eigenthümlich gehörte, Vergehen gegen die §§ 135, 149, 155 des Vereinszollges. vom 1. Juli 1869, verbunden mit den §§ 47, 78 des StrGB, und mit Position 13 c. 1 des Zolltarifges. nebst Zolltarif in der Fassung vom 24. Mai 1885.

Die Position 13 c. 1 des Zolltarifs von 1885 belegt die Einfuhr von Bau- und Kuchholz in dort bezeichneter Beschaffenheit mit einem Zoll von 20 Pf. für 100 kg. oder 1 Mk. 20 Pf. für 1 Festmeter; es ist jedoch in einer Anmerkung hinzugefügt, daß, vorbehaltlich der im Falle eines Mißbrauchs örtlich anzuordnenden, im gegenwärtigen Falle aber nicht angeordneten Aufhebung oder Beschränkung, die Einfuhr von Bau- und Kuchholz für Bewohner und Industrien des Grenzbezirks, mit Zugthieren gefahren, sofern es direct aus dem Walde kommt und nicht auf einen Verschiffungsplatz oder Bahnhof gefahren wird, zollfrei ist. Diese Ausnahmebestimmung wurde, soweit sie sich auf Holz für Industrien des Grenzbezirks bezieht, in das Gesetz aufgenommen zu Gunsten industrieller Anlagen, welche schon längere Zeit an der Grenze gelegen haben und auf den Bezug von Rohholz aus dem ausländischen Walde angewiesen sind, um einer Benachtheiligung derartiger industrieller Anlagen vorzubeugen (vgl. Commissionsber. Aktienstück Nr. 252 zu den RT.-Verh. von 1884/85 sten. Ber. Bd. 6 S. 1133). Die fgl. sächs. Zoll- und Steuerdirection zu Dresden sprach sich demgemäß in einem Erlasse vom 24. Sept. 1885 an das Hauptsteueramt Bautzen Nr. 3847, a B dahin aus: den Inhabern der in den Grenzbezirken gelegenen Mühlenanlagen könne die zollfreie Ablassung des von ihnen aus dem Auslande bezogenen Rohholzes beim Vorhandensein der sonstigen gesetzlichen Vorbedingungen nicht verweigert werden, so lange sie sich bei ihren derartigen Holzbezügen innerhalb der Grenzen hielten, in welchen sie Rohholz zu Zwecken ihres Gewerbebetriebes unter gleichen Voraussetzungen bereits in früheren Jahren aus ausländischen Holzschlägen bezogen hätten, und zwar letzterenfalls ohne Unterschied, ob das Holz im verarbeiteten Zustande im Grenzbezirke verbleibe oder nach seiner Verarbeitung im Grenzbezirk in das Binnenland abgesetzt werde. Diefelbe fgl. Zoll- und Steuerdirection hat in einem Erlasse vom 6. April 1886 an

das Hauptzollamt Schandau Ausführungsvorschriften zu den in Rede stehenden gesetzlichen Bestimmungen über die zollfreie Einfuhr von Bau- und Kuchholz getroffen; darnach sind bis zu den für jede industrielle Anlage nach Maßgabe des Vorstehenden ermittelten Maximalmengen des zollfrei abzulassenden Holzes von demjenigen Hauptzollamte, in dessen Bezirke die Anlage sich befindet, Bezugscheine nach Formular auszufertigen und den Berechtigten einzuhandigen, in welche die Zollstellen die eingebrachten Holztransporte nach Menge und Einfuhrtag zu vermerken haben; das Formular der Bezugscheine hat eine Rubrik für den Namen des zur zollfreien Einfuhr berechtigten Inhabers der industriellen Anlage und für den Höchstbetrag der Holzquantität, welche dieser Inhaber nach dem Vorstehenden zollfrei einzuführen berechtigt ist.

Nach den Feststellungen des Instanzrichters besaß der Angeklagte H. seit mehr als 16 Jahren eine Schneidemühle, der Angeklagte G. seit 1883 eine Holzstofffabrik im Grenzgebiete nahe an der österreichischen Grenze; dem ersteren wurde ein Bezugschein für die zollfreie Einfuhr von insgesamt 200 Festmeter Kuchholz ausgestellt, da er vor dem Jahre 1885 durchschnittlich diese Quantität jährlich aus Oesterreich bezogen hatte. G. hatte für seine Fabrik jährlich mindestens die gleiche Menge Kuchholz bezogen, bewarb sich um einen Bezugschein, erhielt denselben aber nicht, weil die zollamtlichen Erörterungen nicht ergeben hatten, daß von ihm schon früher Holz für seinen Gewerbebetrieb aus dem Auslande bezogen worden war. Ungeachtet G. einen Bezugschein nicht besaß, brachte er zweimal fichtenes rohes Kuchholz über das Nebenzollamt II Zinnwald zur Verwendung im Betriebe seiner Holzstofffabrik aus Oesterreich in die Fabrik ein und zwar in folgender Weise. G. hatte im Claryschen Walde fichtenes Holz gekauft, einen Theil davon aber für seinen Gewerbebetrieb nicht geeignet gefunden; er verabredete nun mit G., daß derselbe bezüglich dieses Holzes für ihn in den Kauf eintrete und das Holz auf H.'s Bezugschein zollfrei einführe, wogegen später, wenn G. selbst einen Bezugschein habe, dieser wieder Holz für H. einführen sollte. Jedoch machte G. hierbei den Vorbehalt, daß er sich erst über die Zulässigkeit eines solchen Gebahrens Belehrung bei dem Nebenzollamtsinhaber R. vom Amt II Zinnwald einholen wolle. Auf seine Anfrage erhielt er von R. die Antwort, „daß werde wohl gehen“; er legte seinen Bezugschein bei R. nieder, übernahm vom Claryschen Forstbeamten die für G. bestimmten 48,11 Festmeter Holz, zeichnete letzteres durch Anschläge mit seinem Hammer, und dann wurde das Holz auf G.'s Wagen geladen und aus den Claryschen Waldungen von G.'s Leuten direct in dessen Fabrik gebracht; G. begleitete den Transport, ließ das Holz beim Grenzübergange von R. in seinen Bezugschein eintragen und führte es so zollfrei ein. Im September 1886 kaufte G. in den Claryschen Waldungen 98,44 Festmeter Holz; auf seine Bitte ließ G. sich dasselbe von den Claryschen Forstbeamten übergeben, zeichnete es mit seinem Hammer, und dann wurde damit ebenso, wie mit den erwähnten 48,11 Festmeter verfahren. Beide Holzmenzen waren für den Gewerbebetrieb des G. bestimmt und sind in demselben verwendet worden. Zur Freisprechung der Angeklagten von der Beschuldigung, ein Zolldelict verübt zu haben, gelangt der Instanzrichter auf Grund folgender Erwägungen. Jede aus § 135 des Vereinszollges. strafbare Defraudation setzt voraus, daß eine Zollpflicht bestanden habe; letzteres sei hier zu verneinen. Denn G. habe in den beiden unter Anklage gestellten Fällen das von ihm im Auslande für seine Industrie erworbene Holz unter den für zollfreie Einfuhr gesetzlich normirten Erfordernissen eingeführt, also ein gesetzliches Recht auf zollfreie Einfuhr gehabt; durch die Verweigerung eines Bezugscheins habe ihm dieses Recht nicht entzogen werden können, da dasselbe ihm unmittelbar aus dem Gesetze selbst zugestanden habe;